EUFIS - Newsletter

November 2026

DER PARITÄTISCHE Gesamtverband

Inhalt

Ausschreibungen 4

PPPA: Sportangebote für Jugendliche in Notsituationen . 4

EU4Health-Programm: Betriebskostenzuschüsse 2027 .. 4

CERV: Europäisches Geschichtsbewusstsein 5

CERV: Schutz und Förderung von Unionswerten 6

Öffentliche Konsultationen 7

Fahrgastrechte 7

Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und EU-Ebene 7

EU-Politik 8

Einigung über den endgültigen EU-Haushalt 2027 8

Verbraucherschutzrecht im digitalen Zeitalter 8

EU-Förderung für interdisziplinäre Projekte aus Deutschland 9

Zweiter jährlicher Migrationsmanagementzyklus gestartet 10

Ukraine-Unterstützungsdarlehen 11

Paket „Bildung und Kompetenzen“gestartet 12

Arbeitsprogramm der Kommission 2027 12

Vorbereitung der Europäer*innen auf zunehmende Krisenrisiken 13

#LassReden Video-Podcast 13

Bericht: Strategischer EU-Rahmen für die Roma 14

EU und Kanada: Zusammenarbeit in der Krisenvorsorge 15

Eurobarometer: EU-Katastrophenschutz....15

PreparEU-Beratungsgruppe für europäische Katastrophenvorsorge angekündigt 16

Eurobarometer: Engagement junger Menschen....16

Kommission schlägt Stärkung von Frontex vor 17

Vorschlag zur Würdigung europäischer Kulturerbestätten 18

25 Jahre Katastrophenschutzverfahren der EU....18

Grünes Licht für Abschlusszahlungsantrag Deutschlands im Rahmen von NextGenerationEU 19

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zu Wettbewerbsfähigkeit und Migration 19

135 neue Klima- und Umweltprojekte 20

Preise des Neuen Europäischen Bauhauses 2026 21

Kommission legt neue Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels vor....22

Veranstaltungen....24

Katastrophenresilienztage 2026....24

Auftaktveranstaltung der Koalition gegen Armut 24

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der SozialFinanz AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:
Für die SozialFinanz:
Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln, Tel. 0221 97356709
E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V:
Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303, E-Mail: europa@dpwv.de.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der SozialFinanz gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der SozialFinanz möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe November 2026 ist der 15.11.2026.

Ausschreibungen

PPPA: Sportangebote für Jugendliche in Notsituationen

Die EACEA (Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur) hat im Rahmen der Pilotprojekte und vorbereitenden Maßnahmen (PPPA) einen Aufruf zum Thema „Sport Supports – Sportangebote für Jugendliche in Notsituationen“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **07.01.2027**.

Diese vorbereitende Maßnahme zielt darauf ab, die gesellschaftliche Integration von Kindern und Jugendlichen zu fördern, die von humanitären Krisen und kriegsbedingten Massenmigrationsprozessen betroffen sind. Durch die Teilnahme an Sportangeboten soll ihr psychisches Wohlbefinden gestärkt werden, damit sie sich besser an ihr neues Umfeld anpassen können.

Um optimale Ergebnisse zu erzielen, sollten diese Aktivitäten auf lokaler Ebene – vor allem durch Breitensportvereine – umgesetzt werden. Da es auf lokaler Ebene einfacher ist, gezielt auf Integrationsbedürfnisse einzugehen, beschränkt sich der Fokus auf ein einzelnes Land.

Insgesamt stehen ca. 1,92 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie hier.

EU4Health-Programm: Betriebskostenzuschüsse 2027

Die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) hat im Rahmen des EU4Health-Programms eine Aufforderung zum Thema „Betriebskostenzuschüsse im Jahr 2027 für Nichtregierungsorganisationen: Finanzieller Beitrag zur Arbeitsweise von Nichtregierungsorganisationen im Gesundheitsbereich“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **19.01.2027**.

Ziel der Aufforderung ist die Unterstützung der regulären Betriebskosten und Arbeitsprogramme von gemeinnützigen, unabhängigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Gesundheitsbereich für bis zu 12 Monate im Jahr 2027.

Zu den geförderten Aktivitäten gehören u.a.:

- *Sensibilisierung und Kommunikation*: Aufklärung über Gesundheitsthemen, Verbreitung von Informationen und Förderung der Kommunikation mit Patient*innen;

- *Kapazitätsaufbau*: Durchführung von Schulungen sowie Entwicklung von Bildungs- und Informationsmaterialien;
- *Vernetzung und Zusammenarbeit*: Förderung des Austauschs unter Fachleuten und Einbindung von Patientenfeedback zur Optimierung der Gesundheitsversorgung.

Das Gesamtbudget des Aufrufs beträgt ca. 1,8 Mio. Euro

Weitere Informationen finden Sie hier.

CERV: Europäisches Geschichtsbewusstsein

Die EACEA (Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur) hat im Rahmen des CERV-Programms (Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte) einen Aufruf zum Thema „Europäisches Geschichtsbewusstsein" veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **24.02.2027**.

Das Ziel ist die Unterstützung von Projekten, mit denen an prägende Momente in der neueren und neusten europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts erinnert werden soll (u.a. die Machtübernahme autoritärer und totalitärer Regime, Sklaverei und Kolonialismus sowie der Holocaust und deren Ursachen und Folgen).

Dazu gehören auch Projekte, mit denen die Menschen in der EU für ihre gemeinsame Geschichte und Kultur, ihr gemeinsames Kulturerbe und ihre gemeinsamen Werte sensibilisiert werden sollen, wodurch ihr Informationsstand über die Union, ihre Anfänge, ihren Zweck, ihre Vielfalt und ihre Errungenschaften sowie die große Bedeutung von gegenseitigem Verständnis und gegenseitiger Toleranz verbessert wird.

Folgende *fünf prioritären Themenbereiche* wurden ausgeschrieben (die Links führen zu weiteren Informationen):

- Erinnerung an demokratische Übergänge, den (Wieder-) Aufbau demokratischer Institutionen und die Stärkung einer auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechten basierenden Gesellschaft;
- Stärkung des Gedenkens an den Holocaust an jüdischen Menschen;
- Stärkung des Gedenkens an die Opfer der Roma (bzw. Sinti und Roma);
- Stärkung des Gedenkens an LGBTIQ+-Opfer und anderer Opfergruppen;

- Förderung des Gedenkens an das Erbe von Kolonialismus, Sklaverei und Migration sowie deren Auswirkungen auf die heutigen multikulturellen europäischen Gesellschaften.

Für den gesamten Aufruf stehen ca. 28 Mio. Euro zur Verfügung.

CERV: Schutz und Förderung von Unionswerten

Die EACEA (Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur) hat im Rahmen des CERV-Programms (Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte) einen Aufruf zum Thema "Schutz und Förderung von Unionswerten“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **24.02.2027**.

Das übergeordnete Ziel besteht darin, die Grundrechte und die Werte der EU zu schützen, zu fördern und das Bewusstsein dafür zu schärfen, indem lokale, regionale und / oder nationale Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt und deren Kapazitäten ausgebaut werden.

Ziel dieses Aufrufs ist es, eine begrenzte Anzahl von Vermittlungsstellen in den EU-Mitgliedstaaten auszuwählen und zu unterstützen, die in der Lage sind, die Kapazitäten einer großen Zahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen auszubauen, die auf lokaler, regionaler und / oder nationaler Ebene in den vom CERV-Programm abgedeckten Bereichen tätig sind, u.a. durch finanzielle Unterstützung.

Im Sinne dieses Aufrufs ist unter einer zivilgesellschaftlichen Organisation eine Organisationsstruktur zu verstehen, deren Mitglieder durch einen demokratischen Prozess dem Allgemeininteresse dienen und die die Rolle eines Vermittelnden zwischen staatlichen Behörden und Bürger*innen übernehmen. Die EU fasst darunter alle nichtstaatlichen, gemeinnützigen Strukturen, die überparteilich und gewaltfrei sind und die die Grundrechte und Werte fördern und schützen, auf denen die EU beruht.

Für den Aufruf stehen ca. 114 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie hier.

Öffentliche Konsultationen

Fahrgastrechte

Bis zum **11.12.2026** ist eine Rückmeldung möglich zur Sondierung in Bezug auf „Fahrgastrechte – gezielte Überarbeitung des Rechtsrahmens, um den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen und eingeschränkter Mobilität besser gerecht zu werden“.

Die Europäische Kommission beabsichtigt, die EU-Fahrgastrechte im Luft-, Schienen-, Schiffs- und Busverkehr zu überarbeiten, um den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen und eingeschränkter Mobilität besser gerecht zu werden. Es gibt Hinweise auf Unstimmigkeiten im derzeitigen Rechtsrahmen.

Auf der Grundlage der jüngsten Bewertungen der EU-Fahrgastrechte wird mit dieser Initiative eine gezielte Überarbeitung der Vorschriften angestrebt, bei der die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt. Im Interesse sowohl der Fahrgäste als auch der Verkehrsunternehmen sollen mit der Initiative zudem die Vorschriften vereinfacht werden .

Weitere Informationen finden Sie hier.

Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und EU-Ebene

Die Europäische Kommission bereitet derzeit den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2027 vor und will hierzu Ansichten von Interessensträger*innen einholen. Der Bericht über die Rechtsstaatlichkeit steht im Mittelpunkt des jährlichen Zyklus der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Dieser Zyklus ist ein präventives Instrument der EU, welcher zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit beitragen und Probleme im Vorfeld verhindern bzw. entschärfen soll.

Eine gezielte Konsultation steht Justizverbänden, der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, internationalen Organisationen, EU-Agenturen und anderen interessierten Kreisen offen. Die Konsultation läuft bis zum **04.12.2026**.

Weitere Informationen finden Sie hier.

EU-Politik

Einigung über den endgültigen EU-Haushalt 2027

Der Rat und das Europäische Parlament haben eine Einigung über den Jahreshaushaltsplan der EU für 2027 – den siebten und letzten Jahreshaushaltsplan des derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 – erzielt.

Mit der Einigung vom 11.11.2026 wird gewährleistet, dass der Haushaltsplan für das kommende Jahr auf einem angemessenen Niveau für die Umsetzung der vereinbarten politischen Maßnahmen und Programme liegt. Damit wird sichergestellt, dass die EU in der Lage ist, anhaltende Krisen und Herausforderungen wie die Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten zu bewältigen. Außerdem soll die EU die Möglichkeit haben, auf unvorhergesehene Umstände zu reagieren.

Der Haushaltsplan 2027 beläuft sich auf insgesamt 199,7 Mrd. Euro an Mitteln für Verpflichtungen und 211,5 Mrd. Euro an Mitteln für Zahlungen. Bis zur Ausgabenobergrenze des derzeitigen MFR bleiben für das laufende Jahr noch 710,1 Mio. Euro verfügbar, was der EU ermöglicht, auf unvorhersehbare Erfordernisse zu reagieren.

Mit dem Haushalt sollen die Mitgliedstaaten und Regionen in einer Zeit, in der die Kohäsionsprogramme in vollem Gange sind, stark unterstützt werden. Folge dessen sind höhere Zahlungen in Höhe von 211,5 Mrd. Euro. Dadurch sollen gezielte und verstärkte Mittel für die Prioritäten der Union in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung, erschwinglicher Wohnraum, Wasserresilienz und Energiewende bereitgestellt werden. Im ersten vollen Jahr der Umsetzung des Migrations- und Asylpakets sollen den Mitgliedstaaten zusätzliche Mittel in Höhe von 1,1 Mrd. Euro für das Migrationsmanagement zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2385

Verbraucherschutzrecht im digitalen Zeitalter

Die Europäische Kommission hat am 11.11.2026 ihren Vorschlag für einen *Rechtsakt über digitale Fairness* vorgelegt, mit dem die EU-Verbraucherschutzvorschriften umfassend aktualisiert werden, um sicherzustellen, dass die Verbraucher*innen in der EU online das gleiche hohe Schutzniveau genießen wie offline.

Parallel dazu hat die Kommission eine *Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz* (CPC-Verordnung) vorgeschlagen, durch die die Befugnisse der Kommission für *direkte Untersuchungen und die Verhängung von Geldbußen* in großen Fällen, die erhebliche Auswirkungen auf die Verbraucher im Binnenmarkt haben, ausgeweitet werden.

Diese beiden Initiativen sollen auf dem bestehenden digitalen Regelwerk aufbauen und dazu beitragen, den Verbraucherschutz zu stärken, die Online-Märkte fairer zu machen und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, damit die Unternehmen über die nötige Sicherheit verfügen, um miteinander konkurrieren, wachsen und innovativ sein zu können.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2407

EU-Förderung für interdisziplinäre Projekte aus Deutschland

48 internationale Forschungsteams haben sich zusammengeschlossen, um große Herausforderungen der Wissenschaft anzugehen. Unterstützt werden sie dabei vom Europäischen Forschungsrat (ERC), der über ‚*Synergy Grants*' Zuschüsse in Höhe von insgesamt 500 Mio. Euro gewährt. Die Zuschüsse der Synergy Grants ermöglichen es Gruppen von zwei bis vier Forschenden, ambitionierte Forschungsfragen zu verfolgen, die sie alleine nicht angehen könnten. Die Forschenden wählen die Fragestellungen aus und entscheiden, wie sie diese am besten untersuchen.

Die ausgewählten Projekte werden an Universitäten und Forschungszentren in 26 Ländern in ganz Europa und darüber hinaus durchgeführt. In Deutschland sind 22 der geförderten Projekte angesiedelt, im Vereinigten Königreich 23, in Frankreich 14 und in den Vereinigten Staaten 12.

NAVAR - Beispiel für ein Projekt mit deutscher Forschungsbeteiligung: Was passiert mit der Sprache deiner Kindheit, wenn dich das Leben über Grenzen hinweg und dann wieder zurückführt? Für Millionen von zweisprachigen Menschen ist das mehr als nur eine akademische Frage. Es prägt Bildung, Identität und das Zugehörigkeitsgefühl. Mit dieser Frage beschäftigen sich Esther Rinke an Goethe-Universität Frankfurt und ihre Kolleginnen von Forschungseinrichtungen in Polen und Portugal.

Weitere Informationen:
https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/pionierforschung-22-forscherteams-aus-deutschland-erhalten-eu-forderung-fur-interdisziplinare-2026-11-12_de

Zweiter jährlicher Migrationsmanagementzyklus gestartet

Die Europäische Kommission hat am 06.11.2026 den zweiten jährlichen Migrationsmanagementzyklus eingeleitet, mit dem eine Kernkomponente des Migrations- und Asylpakets umgesetzt wird. Sie baut auf der erfolgreichen Umsetzung des ersten jährlichen Migrationsmanagementzyklus und den starken Ergebnissen der EU-Migrationsarbeit auf: erheblich verringerte irreguläre Migration, engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und wirksame Partnerschaften mit Drittländern.

Die Migrationslage in der EU hat sich weiter erheblich verbessert, was bestätigt, dass der neue Ansatz der EU im Bereich Migration mit einem neuen Rechtsrahmen, einem starken Grenzschutz und einer entschlossenen Migrationsdiplomatie substanzielle und konsistente positive Ergebnisse liefert.

Die irregulären Grenzübertritte haben sich in den letzten zwei Jahren mehr als halbiert, mit einem weiteren Rückgang um mehr als ein Drittel in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. Unerlaubte Migrationsbewegungen (-22% im Jahr 2025) und Asylanträge (-19% im Jahr 2025) gingen ebenfalls deutlich zurück, während die EU-weite Rückkehrquote inzwischen auf über 30% gestiegen ist.
In dem Bericht wird auch auf die erheblichen Fortschritte eingegangen, die die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Migrations- und Asylpakets erzielt haben, das seit Juni letzten Jahres vollständig in Kraft ist: Das neue Eurodac-System ist in allen Mitgliedstaaten einsatzbereit; Die Mitgliedstaaten wenden die neuen Screening- und Grenzverfahren an, wobei ein Drittel aller registrierten Asylanträge seit Inkrafttreten des Pakts im beschleunigten Verfahren oder im Grenzverfahren bearbeitet werden. Auch die Umsetzung des ersten Solidaritätspools für 2026 verläuft planmäßig.

Gleichzeitig sind kontinuierliche Arbeiten erforderlich, um sicherzustellen, dass alle Komponenten des Pakts voll funktionsfähig sind, insbesondere im Hinblick auf die Verantwortungspflichten der Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten haben erhebliche Fortschritte bei der Gewährleistung der vollständigen Anwendung der neuen Vorschriften erzielt, wenngleich weitere Anstrengungen

erforderlich sind, um die verbleibenden Herausforderungen zu bewältigen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse des Jahresberichts und unter Verwendung der in der Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement festgelegten quantitativen und qualitativen Kriterien stellt die Kommission u.a. Folgendes fest: in Belgien, Tschechien, Deutschland, Estland, Irland, Frankreich, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Rumänien, Slowenien und Finnland besteht ein erhöhter Migrationsdruck.

Dies liegt entweder an einer relativ hohen Zahl irregulärer Einreisen, unerlaubter Sekundärmigration, Asylanträgen oder vorübergehendem Schutz für Personen, die vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine fliehen, oder an der Gefahr, dass Migration als Waffe eingesetzt wird, was im kommenden Jahr zu unverhältnismäßigen Verpflichtungen führen könnte.

Diese Mitgliedstaaten haben vorrangigen Zugang zum *ständigen EU-Instrumentarium zur Migrationsunterstützung.* Die Lage jener Länder wird zudem erforderlichenfalls rasch überwacht und neu bewertet.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2365

Ukraine-Unterstützungsdarlehen

Die Europäische Kommission hat am 05.11.2026 im Rahmen des Ukraine-Unterstützungsdarlehens 4,36 Mrd. Euro an die Ukraine ausgezahlt. Diese Zahlung umfasst 3,7 Mrd. Euro für die zweite Tranche der Makrofinanzhilfe (MFA), die für 2026 vereinbart wurde, und 658 Mio. Euro im Rahmen der Verteidigungskomponente des Darlehens.

Die Auszahlungen sollen dazu beitragen, dass die Ukraine ihren Finanzierungsbedarf deckt und das weitere Funktionieren des Staates und seiner wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen gewährleistet wird. Sie soll auch dazu beitragen, den dringenden Verteidigungsbedarf der Ukraine durch die Beschaffung wichtiger militärischer Ausrüstung zu decken.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2349

Paket „Bildung und Kompetenzen“gestartet

Die Europäische Kommission legte am 05.11.2026 ein neues Paket zu Bildung und Kompetenzen vor, um den Rückgang von Grundkompetenzen umzukehren, sowie Schulen dabei zu unterstützen, KI (Künstliche Intelligenz) und digitale Technologien für das Lernen nutzbar zu machen und den Lehrermangel zu beheben.

Das Paket konzentriert sich auf vier Prioritäten: Steigerung der Leistungsfähigkeit bei Grundkompetenzen, Nutzung digitaler und KI-Instrumente für die Bildung, Stärkung des Lehrberufs und Verbesserung der Agilität, Strategie und Vernetzung der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Sie spiegelt auch die sich wandelnden Bedürfnisse des Arbeitsmarkts wider, die in den Bildungssystemen besser berücksichtigt werden müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit und demokratische Widerstands-fähigkeit Europas zu wahren.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2338

Arbeitsprogramm der Kommission 2027

Die Kommission hat am 04.11.2026 ihr Arbeitsprogramm 2027 angenommen und darin ihre wichtigsten legislativen und nicht legislativen Initiativen für das kommende Jahr vorgestellt.
Es wird begleitet vom jährlichen Überblicksbericht 2026 über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung, in dem Bilanz der Fortschritte im Hinblick auf einfachere EU-Vorschriften und wirksamere Ergebnisse in der Praxis gezogen wird.
In dieser Zeit großer Umbrüche definiert sich die Europäische Union neu, um ein *unabhängigeres, sichereres und wohlhabenderes Europa* aufzubauen.

2027 liegen die Schwerpunkte der Kommission auf *Ergebnissen, Umsetzung und Durchsetzung* ihrer politischen Strategien. Sie wird den Fahrplan Ein Europa, ein Markt weiter umsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, den Binnenmarkt zu vertiefen sowie Bürokratie und Wachstumsbarrieren in ganz Europa abzubauen. Das Arbeitsprogramm legt auch dar, wie die Kommission das Sozialmodell stärken, strategische Abhängigkeiten verringern, die Verteidigung der EU ausbauen, die Ukraine unterstützen, weltweit neue Partnerschaften schließen und Demokratie und Gesellschaft schützen will. Neue Initiativen werden klar, flexibel und zweckmäßig sein.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2321

Vorbereitung der Europäer*innen auf zunehmende Krisenrisiken

Angesichts der immer häufigeren und komplexeren Krisen, mit denen Europa konfrontiert istwill die Europäische Kommission ihre Bemühungen zur Stärkung der Krisenvorsorge in der gesamten EU intensivieren. Die EU will konkrete Maßnahmen ergreifen, um Europa widerstandsfähiger zu machen. So sollen Bürger*innen dabei unterstützt werden, sich in Notfällen selbst zu schützen und sichergestellt werden, dass die nationalen Katastrophenschutzsysteme auch im Ernstfall funktionieren.

Die EU-Kommissarin für Gleichberechtigung, Krisenvorsorge und -management Hadja Lahbib hatte am 03.11.2026 auf dem Europäischen Katastrophenschutzforum neue Leitlinien vorgestellt, mit denen Menschen und Gemeinschaften bei der Vorbereitung auf Notfälle, einschließlich der ersten 72 Stunden, unterstützt werden sollen.

Diese Initiativen bauen auf einer kürzlich angenommenen *Empfehlung der Kommission zu Betriebskontinuität und Stresstests* auf, mit der die Resilienz der nationalen Katastrophenschutz-Kontaktstellen in ganz Europa gestärkt werden soll.

Um die Krisenvorsorge zu einer gemeinsamen Priorität in ganz Europa zu machen, schlägt die Kommission vor, einen jährlichen EU-weiten Tag der Krisenvorsorge einzuführen, der ab 2027 jeden 23. Oktober begangen werden soll. Dies soll die Bevölkerung und Gemeinschaften ermutigen, aktiv bei der Vorbereitung auf Notfälle mitzuwirken, um sich selbst und andere zu schützen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2324

#LassReden Video-Podcast

Mit „Lass Reden – Cube Talk" setzt die Europäische Kommission in Deutschland ihre Jugendkampagne #LassReden fort und startet ihr erstes eigenes Video-Podcast-Format. In sechs Folgen diskutieren Vertreter*innen aus der Politik mit bekannten Stimmen aus der Generation Z über

Themen, die junge Menschen mit Blick auf Europa besonders bewegen.

Mehr als 1.500 Menschen zwischen 16 und 24 Jahren haben sich in den vergangenen Monaten bei #LassReden eingebracht. In der ersten Phase stand das Zuhören im Mittelpunkt: Bei Veranstaltungen an 24 Orten, im mobilen #LassReden Cube und online konnten sie ihre Sorgen, Ideen und Erwartungen an die EU teilen.

In der zweiten Phase folgten Antworten aus Brüssel: Auf der offiziellen Webseite der Kampagne, aber auch in Gesprächsformaten mit Content-Creators. EU-Kommissar*innen reagierten zudem in einer siebenteiligen Video-Reihe auf konkrete Fragen und Kritik. Mit „Lass Reden – Cube Talk" beginnt nun die dritte Phase der Kampagne: der direkte Austausch auf Augenhöhe zwischen Politik und junger Generation.

Weitere Informationen:
https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/lassreden-neuer-video-podcast-bringt-eu-politik-und-gen-z-ins-gesprach-2026-11-03_de

Bericht: Strategischer EU-Rahmen für die Roma

Die Europäische Kommission hat am 03.11.2026 den dritten Bericht über die Umsetzung des Strategischen Rahmens der EU für die Roma veröffentlicht (Zeitraum: Juni 2023 bis März 2025).
In dem Bericht wird dargelegt, wie der Rahmen dazu beiträgt, die Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma in der gesamten Union zu fördern, und welche Herausforderungen verbleiben.

Fortschritte sind z.B. bei der Beschäftigung, der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung, beim Ausbau der nationalen Koordinierung der Strategien zur Gleichstellung und Inklusion der Roma und der politischen Anerkennung des Antiziganismus zu verzeichnen.

Die Fortschritte sind nach wie vor uneinheitlich, und für eine echte Gleichstellung der Roma in Europa gebe es noch zu viele Hindernisse. Im Hinblick auf die Segregation im Bildungswesen, den überbelegten Wohnraum und das geschlechtsspezifische Lohngefälle sowie bei Diskriminierungserfahrungen und deren Meldung stagnieren die Entwicklungen.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, sich weiter und verstärkt für die Erreichung der Ziele des strategischen Rahmens der EU für die Roma für 2030 einzusetzen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2308

EU und Kanada: Zusammenarbeit in der Krisenvorsorge

Am 26.10.2026 trafen sich Hadja Lahbib, das für Krisenvorsorge und -management zuständige Mitglied der EU-Kommission, und Mélanie Joly, die Wirtschaftsministerin Kanadas, um die starke Partnerschaft zwischen Kanada und der EU bei der Krisenvorsorge und -reaktion in gesundheitlichen Notlagen zu bekräftigen.

Ministerin Joly und Kommissarin Lahbib kamen überein, die Zusammenarbeit zu vertiefen, um sicherzustellen, dass medizinische Gegenmaßnahmen zur Verfügung stehen, wenn sie zur Bekämpfung neu auftretender Gesundheitsgefahren erforderlich sind.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/jp_26_2309

Eurobarometer: EU-Katastrophenschutz

Laut der am 30.10.2026 von der Europäischen Kommission veröffentlichten jüngsten Eurobarometer-Sonderumfrage zum EU-Katastrophenschutz unterstützen die Europäer*innen nach wie vor ausdrücklich einen koordinierten europäischen Ansatz für Katastrophenvorsorge und -bewältigung.

Da Europa mit wachsenden Risiken und immer komplexeren Naturgefahren und menschenverursachten Katastrophen konfrontiert ist, halten es neun von zehn Europäer*innen für wichtig, dass die EU zur Koordinierung der Katastrophen-bewältigung sowohl innerhalb ihres Hoheitsgebiets als auch in anderen Ländern beiträgt, während 94% der Ansicht sind, dass die Mitgliedstaaten einander unterstützen sollten, wenn ein Land eine Katastrophe nicht allein bewältigen kann.

Insgesamt unterstreichen die Ergebnisse die Bedeutung, die die Europäer*innen weiterhin Solidarität, Vorsorge und kollektivem Handeln bei grenzüberschreitenden Katastrophen beimessen, welche zunehmend gemeinsame Lösungen erfordern.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2285

PreparEU-Beratungsgruppe für europäische Katastrophenvorsorge angekündigt

Die Europäische Kommission setzt ab dem 30. Oktober 2026 die Beratungsgruppe „PreparEU“ ein. Deren Aufgabe wird sein, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und das für Gleichberechtigung, Krisenvorsorge und -management zuständige Kommissionsmitglied Hadja Lahbib strategisch dabei zu beraten, wie den zunehmenden Katastrophenrisiken, darunter extreme Wetterereignisse und Waldbrände, am besten begegnet werden kann.

Die Beratungsgruppe wird sich aus elf hochrangigen Expert*innen aus dem Bereich Katastrophenschutz und Krisenmanagement der EU sowie sechs Wissenschaftler*innen und akademischen Fachleuten aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zusammensetzen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2287

Eurobarometer: Engagement junger Menschen

Die Europäische Kommission hat am 28.10.2026 eine Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht. Aus ihr geht hervor, dass sich junge Europäer*innen zunehmend für die Demokratie einsetzen und welche Einstellung sie dazu haben. Die Umfrage zeigt auch, wie junge Menschen zentrale, für sie relevante Herausforderungen einschätzen, etwa Beschäftigung und Lebenshaltungskosten, und wie sie die Auswirkungen der EU auf ihr tägliches Leben sowie die Jugendpolitik und die Generationengerechtigkeit wahrnehmen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse liegt im Zeitraum der Vorbereitungsphase der EU-Jugendstrategie für die Zeit nach 2027 veröffentlicht.

Die Umfrage richtete sich an die Altersgruppe der 15- bis 30-Jährigen und zeigt ein wachsendes Engagement junger Menschen. 75% von ihnen haben in den letzten zwölf Monaten an Aktivitäten mindestens einer Organisation teilgenommen; im Jahr 2024 waren es 64%. Diese Aktivitäten werden meist von einem Sportverein (26%), einem Jugendclub oder einer Jugendorganisation (20%) organisiert. Die Mehrheit (55%) der befragten jungen Menschen gab an, sich im vergangenen Jahr an mindestens einer Initiative für

einen Wandel in der Gesellschaft beteiligt zu haben. Im Jahr 2024 waren es 48%.

Eine große Anzahl junger Europäer*innen (60%, 17 Prozentpunkte mehr als in einer ähnlichen Umfrage aus dem Jahr 2024) berichtete von der Teilnahme an Aktivitäten in einem anderen EU-Land, z.B. an einem Austausch in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport, oder an Freiwilligenarbeit.

Die Eurobarometer-Umfrage zeigt auch, dass eine große Mehrheit der Befragten (75%) der Meinung ist, dass die Maßnahmen der EU sich auf ihren Alltag auswirken. Nach den Erwartungen an die EU für ihre Generation gefragt nennen junge Menschen am häufigsten die Wahrung des Friedens (33%), die Bekämpfung von Armut und wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit (32%), dazu bessere Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen (31%).

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2274

Kommission schlägt Stärkung von Frontex vor

Die Europäische Kommission schlug am 27.10.2026 eine weitere Stärkung von Frontex vor. Die Agentur soll so in die Lage versetzt werden, die Außengrenzen besser zu schützen, und zum zentralen Akteur der EU im Bereich der Rückkehr werden.

Frontex spielt bereits eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Management der Außengrenzen Europas und beim Schutz des Schengen-Raums. Darauf aufbauend wird das Mandat von Frontex mit den neuen Vorschriften so ausgebaut, dass die Agentur künftig schneller und wirksamer handeln kann. Zudem soll es für die Mitgliedstaaten einfacher sein, die Instrumente und Dienste der Agentur umfassend zu nutzen.

U.a. sind folgende Neuerungen vorgesehen: eine größere ständige Reserve, einschließlich einer neuen Europäischen Grenz- und Rückkehrreserve, eine Schnelleinsatztruppe für Krisensituationen und ein neues Online-Monitoring-Zentrum, um mögliche Bedrohungen für die EU-Grenzen rasch zu erkennen. Frontex soll über ein spezielles Rückkehrkoordinierungszentrum verfügen und in der Lage sein, die Rückkehr aus Drittländern zu unterstützen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2260

Vorschlag zur Würdigung europäischer Kulturerbestätten

Die Europäische Kommission hat am 23.10.2026 vorgeschlagen, den rechtlichen Rahmen für das Europäische Kulturerbe-Siegel zu erneuern und zu stärken. Das Siegel wurde 2011 eingeführt, um Stätten – Gebäude, Denkmäler sowie auch Dokumente – von außergewöhnlichem symbolischen Wert, die eine wichtige Rolle in der Geschichte, der Kultur und im Integrationsprozess Europas gespielt haben, seitens der EU zu würdigen.

Der Vorschlag soll der Initiative eine neue Dynamik verleihen und ihre europäische Dimension ausbauen: Es geht darum, ein lebendiges Netz von Stätten zu präsentieren, die gemeinsam die Geschichte Europas erzählen, und zugleich die kulturellen Erfahrungen, die diese Stätten bieten, stärker in den Vordergrund zu rücken.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2250

25 Jahre Katastrophenschutzverfahren der EU

Seit 25 Jahren bündeln europäische Länder im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens ihre Kräfte, um bei Katastrophen Menschenleben zu retten. Dies ist ein gutes Beispiel für gelebte europäische Solidarität.

Das 2001 ins Leben gerufene Verfahren vereint die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie zehn weitere Teilnehmerstaaten: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien, die Türkei und die Ukraine. Es ermöglicht jedem Land der Welt, das mit einer Krise konfrontiert ist, Hilfe aus ganz Europa in Anspruch zu nehmen.

Seit seiner Einrichtung hat das EU-Katastrophenschutzverfahren weltweit Hilfe bei Waldbränden, Fluten, Erdbeben oder Gesundheitskrisen koordiniert. Bislang wurde es von 160 Ländern und acht internationalen Organisationen mehr als 900 Mal aktiviert.

Ob Feuerwehrleute im Einsatz gegen Waldbrände, Rettungsteams in Hochwassergebieten oder Suchhunde auf der Spurensuche nach Überlebenden von Erdbeben: Das

Verfahren lässt europäische Solidarität zu konkreten Taten werden. Das Spektrum reicht von der Bereitstellung medizinischer Hilfsgüter während der COVID-19-Pandemie über Evakuierungsflüge für Bürger aus Krisengebieten bis hin zur Lieferung von Stromgeneratoren für die Ukraine.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2248

Grünes Licht für Abschlusszahlungsantrag Deutschlands im Rahmen von NextGenerationEU

Die Europäische Kommission hat am 21.10.2026 den vierten und letzten Zahlungsantrag Deutschlands in Höhe von 6 Mrd. Euro im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität, dem Kernstück von NextGenerationEU, positiv bewertet.

Mit diesem Zahlungsantrag hat Deutschland alle in seinem Aufbau- und Resilienzplan enthaltenen Reformen und Investitionen in Höhe von insgesamt 30,3 Mrd. Euro umgesetzt.

Dies ist ein wichtiger Meilenstein bei der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität und zeigt, dass Deutschland entschlossen ist, Reformen und Investitionen im Rahmen seines nationalen Aufbau- und Resilienzplans durchzuführen.

Die Kommission stellte fest, dass Deutschland die im Durchführungsbeschluss des Rates festgelegten acht Etappenziele und 19 Zielwerte in zufriedenstellender Weise erreicht hat. Sie entsprechen Reformen und Investitionen in den Bereichen der sauberen Umstellung der Verkehrs- und Energieinfrastruktur, der Energieeffizienz von Wohnraum sowie der Digitalisierung des Gesundheitswesens und der öffentlichen Verwaltung.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2224

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zu Wettbewerbsfähigkeit und Migration

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 21.10.2026 im Europäischen Parlament Resümee über den Europäischen Rat gezogen, der Ende vergangener Woche in Brüssel stattgefunden hatte. Zentrale Themen der Rede der Präsidentin waren Wettbewerbsfähigkeit und Migration. Von der Leyen sagte zum Thema Migration: „*Unser gemeinsamer*

europäischer Ansatz funktioniert. Aber in diesem Sommer hat sich abermals gezeigt, wie schnell neue Bedrohungen an unseren Grenzen entstehen können. Wir müssen also auf unseren Fortschritten aufbauen.“

Drei Prioritäten stehen dabei im Vordergrund:

- erstens die vollständige Umsetzung des Migrationspakets;
- zweitens robustere Außengrenzen. Die EU-Kommission wird vorschlagen, die Grenzschutzagentur Frontex zu stärken;
- drittens die Vorbereitung auf neue Herausforderungen mithilfe eines neuen europäischen Krisenreaktionsrahmens.

Die Präsidentin erklärte: „*Den Mitgliedstaaten sollen die Instrumente an die Hand gegeben werden, mit denen sie rasch auf außergewöhnliche Bedrohungen an unseren Außengrenzen reagieren und unsere innere Sicherheit schützen können. Wir werden diesen Vorschlag bis Ende des Jahres vorlegen.*“

Vollständige Rede von Präsidentin von der Leyen

Weitere Informationen:
https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/eu-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-zu-wettbewerbsfahigkeit-und-migration-2026-10-21_de

135 neue Klima- und Umweltprojekte

Die Europäische Kommission hat am 19.10.2026 im Rahmen des LIFE-Programms für Umwelt- und Klimapolitik mehr als 390 Mio. Euro für 135 neue Projekte in ganz Europa bewilligt. Der zugewiesene Betrag entspricht mehr als der Hälfte des Gesamtinvestitionsbedarfs für diese Projekte in Höhe von 579 Mio. Euro. Die übrigen Mittel werden von nationalen, regionalen und lokalen Regierungen, öffentlich-privaten Partnerschaften, Unternehmen, Projektpartnern und Organisationen der Zivilgesellschaft bereitgestellt.

LIFE-Projekte spielen eine wichtige Rolle beim Übergang der EU zu einer sauberen, kreislauforientierten und widerstandsfähigen Wirtschaft. Sie tragen zu einer besseren Vorsorge und Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen und zum Ziel der EU bei, bis 2050 klimaneutral zu werden.

Die Investitionen werden dauerhafte Auswirkungen auf unsere Umwelt, Wirtschaft und Industrie sowie das Wohlergehen aller Europäer*innen haben.

Die Projekte werden alle Bereiche des LIFE-Programms abdecken; dafür werden folgende Mittel bereitgestellt:

- mehr als 223 Mio. Euro (davon über 151 Mio. Euro von der EU) für 29 Naturschutz- und Biodiversitätsprojekte;
- fast 163 Mio. Euro (davon fast 91 Mio. Euro von der EU) für 36 Projekte, die zu einer sauberen, kreislauforientierten, energieeffizienten und klimaresilienten Wirtschaft beitragen und gleichzeitig die Lebensqualität verbessern;
- mehr als 102 Mio. Euro (davon über 61 Mio. Euro von der EU) für 26 Projekte zur Stärkung der Bemühungen um Klimaresilienz;
- mehr als 91 Mio. Euro (davon fast 87 Mio. Euro von der EU) für 44 Projekte zur Beschleunigung der Energiewende.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2184

Preise des Neuen Europäischen Bauhauses 2026

Die Europäische Kommission hat am 16.10.2026 die Preise des Neuen Europäischen Bauhauses 2026 an 13 Preisträger*innen aus mehreren EU-Ländern, der Ukraine und Nordmazedonien sowie Japan und Brasilien verliehen, die sich im internationalen Wettbewerb durchgesetzt haben.
In der sechsten Auflage der NEB-Preise werden herausragende Projekte, Konzepte und Ideen ausgezeichnet, die Nachhaltigkeit, Inklusion und Ästhetik miteinander verbinden und zeigen, wie es das Leben von Menschen und Gemeinschaften bereichern kann, wenn Kultur mit Technik, Innovation und Design Hand in Hand geht.

Die Preise werden in zwei Aktionsbereichen vergeben: einem für etablierte Projekte (die „New European Bauhaus Champions“) und einem für vielversprechende Initiativen jüngerer Kandidatinnen und Kandidaten (die „New European Bauhaus Rising Stars“). Die Preise von 2026 umfassen auch einen Sonderpreis für Wasserresilienz und internationale Preise für Projekte aus Brasilien und Japan.
Zusätzlich zu den NEB-Preisen 2026 erhielten 20 kleine Gemeinden den NEB-Boost für kleine Gemeinden. Dies verdeutlicht, wie wichtig die Gemeinden bei der Gestaltung einer nachhaltigeren, inklusiveren und ästhetischeren Zukunft sind. Diese neue Initiative wird mit einem Pilotprojekt des Europäischen Parlaments gefördert.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2186

Kommission legt neue Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels vor

Die Kommission legte am 16.10.2026 eine neue Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels vor. In den Jahren 2023 und 2024 wurden in der EU mehr als 20.000 Opfer registriert, was einem Anstieg um 16,1% entspricht. Die Dunkelziffer ist jedoch hoch. Menschenhandel tritt in verschiedenen Formen auf, u.a. zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, Ausbeutung von Arbeitskräften, Zwangskriminalität, Zwangsbettelei und Zwangsheirat.

Die neue Strategie zielt auf die Bekämpfung dieser Entwicklung ab und konzentriert sich dabei vorrangig auf sechs Bereiche: Verbesserungen beim Einsatz von Technologie zur Bekämpfung und Erkennung von Menschenhandel, engere Zusammenarbeit mit Unternehmen und der Arbeitsaufsicht, verschärftes Vorgehen gegen organisierte Kriminalität, Minderung von Risiken im Zusammenhang mit der Migration, Verbesserung der Krisenvorsorge sowie Stärkung der Betreuung und des Schutzes von gefährdeten Personen und Opfern.

Nach wie vor werden vor allem Menschen, die sich in einer prekären Lage befinden, zum Ziel von Menschenhändlern. 63% der registrierten Opfer sind Frauen und Mädchen, diese werden vor allem Opfer sexueller Ausbeutung. 15% der Opfer sind Kinder. Der Menschenhandel zur Ausbeutung von Arbeitskräften trifft mehrheitlich Männer (74%).

Um die Zunahme des Menschenhandels wirksamer zu bekämpfen, muss die EU nach Ansicht der Kommission ihre Reaktion darauf anpassen. Im Vorfeld des europäischen Tags gegen Menschenhandel am 18.10.2026 werden mit der Strategie sechs strategische Kernbereiche für eine abgestimmte und zukunftssichere Herangehensweise festgelegt:

- Einsatz moderner Technologie für bessere Prävention, Erkennung und Ermittlung;
- Stärkere Beteiligung der Privatwirtschaft zur Verringerung des Risikos von Ausbeutung und zur Verbesserung der Früherkennung;
- Zerschlagung des grenzüberschreitenden Menschenhandels in Verbindung mit der organisierten Kriminalität;

- Verhinderung von Ausbeutung im Zusammenhang mit Migration;
- Verbesserung der Prävention, Vorsorge und schnellen Reaktion in Krisenfällen;
- Besserer Schutz von Menschen mit erhöhtem Risiko, Opfer von Menschenhandel zu werden.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2177

Veranstaltungen

Katastrophenresilienztage 2026

Vom **24.-26.11.2026** finden die Katastrophenresilienztage (Disaster Resilience Days) 2026 in München statt. Die Katastrophenresilienztage 2026 sind ein dreitägiges europäisches Forum, das Forschende, politische Entscheidungsträger*innen, Katastrophenschutzbehörden, Einsatzkräfte, Betreiber*innen kritischer Infrastrukturen, Sicherheits- und Verteidigungsakteure sowie Vertreter*innen aus Industrie und Innovation zusammenbringt. Ziel ist es, die Katastrophenresilienz und Krisenvorsorge durch Forschung, Innovation und Zusammenarbeit zu stärken.

Die Veranstaltung wird im Rahmen der Community for European Research and Innovation for Security *(CERIS)* von der Europäischen Kommission, dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, der Universität der Bundeswehr München und dem Disaster Competence Network Austria organisiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt darauf, die Interaktion zwischen Forschung, Politik und Praxis zu stärken, Endnutzer*innen in Forschung und Innovation einzubinden und die Zusammenarbeit über Disziplinen, Sektoren und Grenzen hinweg zu fördern.

Weitere Informationen:
https://eu.eventscloud.com/website/20875/home/

Auftaktveranstaltung der Koalition gegen Armut

Die Coalition Against Poverty *(Koalition gegen Armut)*, eine Initiative der EU-Strategie zur Armutsbekämpfung, ist ein europaweites Kooperationsnetzwerk. Es bringt Unternehmen und philanthropische Organisationen zusammen, die konkrete und wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen möchten, um Armut und soziale Ausgrenzung in der EU zu beseitigen.

Die Auftaktveranstaltung der Koalition findet am **08.12.2026** in Brüssel statt. Bei der Veranstaltung kommen hochrangige Vertreter*innen der Europäischen Kommission sowie von Unternehmen und philanthropischen Organisationen zusammen, die sich für konkrete Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der EU einsetzen. Führungskräfte aus Wirtschaft und Philanthropie werden sich dort über ihre Selbstverpflichtungen zur Armutsbekämpfung in der gesamten EU austauschen.

Weitere Informationen finden Sie hier.